

Die Migrant*innensession 2024 beider Basel hat verschiedene Forderungen zur Verbesserung der psychischen Gesundheit von Menschen mit Migrationsbiografie und/oder Rassismuserfahrungen verabschiedet, die in dieser schriftlichen Anfrage aufgenommen werden.

Jeder zweite Mensch in der Schweiz leidet im Laufe des Lebens an einer psychischen Erkrankung. Die Gründe dafür sind komplex und vielschichtig. Abwertung, Benachteiligung, Ausgrenzung sowie Rassismuserfahrungen können einen starken Einfluss auf die psychische Gesundheit von hier lebenden Menschen mit Migrationsbiografie haben. Rassismus tritt dabei auf verschiedenen Ebenen auf und ist kein Randproblem, sondern betrifft unser gesamtes gesellschaftliches Zusammenleben¹.

Mehrere Vorstösse, die Massnahmen gegen Rassismus und Antisemitismus fordern, sind aktuell auf kantonaler und nationaler Ebene in Bearbeitung (vgl. dazu Motion Staatspolitische Kommission 23.4335; Anzug Messerli 21.5495.02; Anzug Miozzari 22.5534.01; Motion Weibel 24.5205.01). Die Arbeitsgruppe «Migration und Gesundheit» der Migrant*innensession beider Basel 2024 begrüsst diese Vorstösse. Zugleich fordert sie, dass der Kanton Basel-Stadt auch einen besonderen Fokus auf die psychische Gesundheit im Zusammenhang mit Migration und Rassismus legt. Dies ist wichtig, weil es sich hier um besonders vulnerable Personen handelt, welche oft in ihrem Herkunftsland oder während der Flucht Traumatisches erlebt haben. Falls keine Behandlung erfolgt, können das Leid und die Folgekosten sehr hoch sein. Die Arbeitsgruppe schlägt verschiedene Massnahmen vor, um die psychische Gesundheit im Kontext von Migration und Rassismus zu verbessern.

Die Arbeitsgruppe hat in verschiedenen Bereichen Problemstellungen identifiziert und möchte gerne wissen, welche Massnahmen zur Verbesserung der psychischen Gesundheit im Zusammenhang mit Migration und Rassismus im Kanton ergriffen und umgesetzt werden können. Ich bitte die Regierung deshalb um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Der Kanton Basel-Stadt führt jährlich eine Aktionswoche gegen Rassismus durch und fördert zivilgesellschaftliche Projekte gegen Rassismus in den Bereichen Information, Zusammenleben und Diskriminierungsschutz. Projekte, die sich mit den Auswirkungen von Rassismus auf die psychische Gesundheit befassen, können von der Fachstelle Integration und Antirassismus (PD) nicht gefördert werden. Die medizinischen Dienste (GD) wiederum unterstützen seit mehreren Jahren ein Informationsveranstaltungsangebot zum Thema Depression², verfügen aber nicht über Fördergelder für weitere Projekteingaben aus der Zivilgesellschaft. Wie könnte der Kanton diese Lücke schliessen und strukturell sowie finanziell sicherstellen, dass in Zukunft vielfältige Projekte und Aktivitäten zum Thema Ausgrenzung und psychische Gesundheit, die die Resilienz von Menschen mit Rassismuserfahrungen stärken, während dem ganzen Jahr (und nicht nur zeitbegrenzt in der Woche gegen Rassismus) angeboten werden können?
2. In der Schweiz nimmt der Bedarf nach Behandlung von psychischen Erkrankungen zu. Die psychologische Versorgung ist stark belastet, die Wartezeiten sind lang. Hinzu kommt eine grosse Angebotslücke bei psychosozialen (mehrsprachigen) Beratungsangeboten, die auf Menschen mit Migrationsbiografie spezialisiert sind. Gleichzeitig leben diplomierte Therapeut*innen und Fachpersonen in der Schweiz, deren im Ausland erworbene Diplome nicht anerkannt werden und die deshalb nicht berufstätig sein können. Dabei könnten Therapeut*innen, welche aus demselben Herkunftsland stammen, einen wesentlichen Mehrwert bringen³.
 - a. Wie beurteilt der Regierungsrat diese Situation?
 - b. Welche Massnahmen kann er kantonal ergreifen, um dieser Angebotslücke sowie dem Fachkräftemangel zu begegnen?
 - c. Wie kann er auf Bundesebene darauf einwirken, dass das Potential der eingewanderten diplomierten Therapeut*innen besser und früher genutzt wird?
3. Der Bedarf nach psychologischen Angeboten ist im Asylbereich aufgrund traumatisierender Fluchtgeschichten und der Belastung durch das Asylverfahren mit

ungewissem Ausgang besonders gross. Im Bundesasylzentrum (BAZ) gibt es jedoch kaum ein psychologisches Angebot. In der UPK gibt es die transkulturelle Ambulanz, die für die Behandlung von psychisch kranken Menschen mit Migrations- und Fluchterfahrung spezialisiert ist. Hohe Kosten für das Dolmetschen und begrenzte Ressourcen reduzieren aber den Wirkungsgrad dieser Abteilung. Welche Massnahmen, wie zum Beispiel die Übernahme der Kosten für das Dolmetschen oder der Ausbau der Abteilung und ihrer Gruppenangebote, kann der Kanton fördern und wie kann der Kanton die aktive Zuweisung über das BAZ an die transkulturelle Ambulanz gezielt unterstützen und sicherstellen?

4. Eine Verbesserung der psychischen Gesundheit der Menschen ist auch wirtschaftlich sinnvoll. So zeigen Studien, dass für jeden in psychotherapeutische Angebote investierter Franken ein Franken an Sozialleistungen und ein weiterer Franken an medizinischer Versorgung eingespart werden kann⁴. Eine gute psychotherapeutische Versorgung steigert zudem die Produktivität der Bevölkerung. Vor diesem Hintergrund wird der Regierungsrat gebeten, sich zu den Folgekosten zu äussern, die aus fehlenden Lösungen für die unter 1-3 skizzierten Problemstellungen für die Gesellschaft resultieren:
 - a. Was sind die Kosten, wenn wie unter 1. beschrieben keine ganzjährigen Projekte und Aktivitäten zum Thema Ausgrenzung und psychische Gesundheit, die die Resilienz von Menschen mit Rassismuserfahrungen stärken, angeboten werden?
 - b. Was sind die Kosten und Folgen, wenn der unter 2. beschriebenen Angebotslücke und dem Fachkräftemangel nicht begegnet wird und das Potential eingewanderter diplomierter Therapeut*innen nicht genutzt wird?
 - c. Was sind die Kosten und Folgen, wenn im BAZ kein ausreichendes psychologisches Angebot vorhanden ist, obwohl gerade dort der Bedarf aufgrund traumatisierender Fluchtgeschichten und der Belastung durch das Asylverfahren besonders gross ist?
5. Wie beurteilt die Regierung auf der anderen Seite den Nutzen möglicher Massnahmen und wie möchte er deshalb in die psychische Gesundheit der Bevölkerung, insbesondere derjenigen mit Migrationsbiografie und/oder Rassismuserfahrung, investieren, um die zu erwartenden langfristigen Kosten aufgrund von psychischen Erkrankungen zu reduzieren.

¹ www.edi.admin.ch/edi/de/home/fachstellen/frb/publikationen/MonitoringFRB.html

² www.bs.ch/themen/gesundheit/gesundheitsfoerderung/praeventionsangebote/prosaluteinfoveranstaltung

³ Als Beispiel sei das Projekt des SRK Schaffhausen erwähnt, wo ukrainische Therapeut:innen im Rahmen einer Schweizer Organisation mit der niederschweligen psychosozialen und psychotherapeutischen Versorgung beauftragt und in ihrer Arbeit unterstützt wurden. Das kleine Team in Schaffhausen konnte mehrere Hundert muttersprachliche Beratungen durchführen. <https://www.srk-schaffhausen.ch/team-soziale-integration>

⁴ Siehe Layard (2007) für einen Übersichtartikel. Layard, R (2017) "The economics of mental health", *IZA World of Labor*. <https://wol.iza.org/articles/economics-of-mental-health/long>

Fleur Weibel